

Ambivalenzen der Handlungsmöglichkeiten engagierter Bürger:innen in der Energiewende

Lokale Perspektiven auf Stadt und Land

Franziska Ohde und Luki Schmitz

Beitrag zur Veranstaltung »Building agency in the climate transformation – Der Aufbau von Handlungsmacht in der Klimatransformation« der Sektion Umwelt- und Nachhaltigkeitssoziologie

Handlungsmöglichkeiten in der Energiewende

Die Energiewende ist ein langwieriger Prozess, der durch das Pariser Klimaabkommen (UN 2015) Antrieb bekam. Mittlerweile erwecken klimapolitische Themen allerdings den Anschein eines „ungeliebten Randthema[s]“ (Eversberg und Schmelzer 2025, S. 19). Ziel ist es dennoch, die CO₂-Emissionen durch den Einsatz erneuerbarer Energien zu reduzieren, um die eskalierenden Risiken durch den Klimawandel abzuschwächen (Rockström et al. 2025). Im Koalitionsvertrag der aktuellen schwarz-roten Bundesregierung heißt es, dass Bürger:innen die Energiewende mitgestalten sollen. Unter dem Punkt „Energiepolitik“ ist festgehalten:

„Wir wollen die Energiewende transparent, planbar und pragmatisch zum Erfolg machen. Bei der Energiewende machen wir Wirtschaft und Verbraucher stärker zu Mitgestaltern (unter anderem durch Entbürokratisierung, Mieterstrom, Bürgerenergie und Energy Sharing). Wir wollen alle Potentiale der Erneuerbaren Energien nutzen.“ (CDU, CSU und SPD o.D., S. 29)

Mit den Hinweisen auf Mietstrom, Bürgerenergie und Energy Sharing werden potenzielle Handlungsmöglichkeiten von Bürger:innen angedeutet, wenngleich die Wirtschaft an erster Stelle genannt wird.

In der soziologischen und sozial-ökologischen Forschung zur Energiewende sind Handlungsmöglichkeiten von Bürger:innen ein gut erforschtes Thema. Michael Kreß-Ludwig (2019) systematisiert verschiedene Handlungsfelder anhand dreier idealtypischer Rollen: Energie-Konsumierende (mit Handlungsmöglichkeiten bei der Heizungstechnik, den Stromanbietern, den Kaufentscheidungen, Bau und Sanierung), Investierende und Produzierende (eigene und gemeinschaftliche Anlagen z. B. Wärmepumpen) und politische Akteur:innen (Protest, Beteiligungsverfahren). Entlang dieser Differenzierung lassen sich weitere Arbeiten einordnen. Besonders gut untersucht sind (die Ambivalenzen von) Beteiligungsverfahren (z. B. Radtke 2025; Wesslow et al. 2025) und das Engagement in Energiewende-Initiativen bzw. Ener-

giewende–„communities“ (z. B. De Simone et al. 2025; Shejale et al. 2025). Darüber hinaus finden sich einige konzeptuelle Arbeiten z. B. hinsichtlich des Agency-Begriffs (vgl. Schürer 2025). Erkenntnisse zu Handlungsmacht finden sich in Forschungsfeldern rund um „energy democracy“ und „energy citizenship“ (z. B. Wahlund und Palm 2022) oder hinsichtlich Fragen von Energiegerechtigkeit (Jenkins et al. 2016). Forschung zu sozialer Ungleichheit, wie z. B. hinsichtlich Geschlechterverhältnissen, verweist expliziter auf Machtverhältnisse in der Energiewende (Mölders et al. 2025), beispielsweise hinsichtlich historischer und zeitgenössischer Strukturen der Unterdrückung (Cannon und Chu 2021).

Eine Unterscheidung in Handlungsmöglichkeiten und Handlungsmacht erscheint vor dem Hintergrund von Gerechtigkeits- und Zugangsfragen sinnvoll: So ist davon auszugehen, dass nicht alle Bürger:innen alle Handlungsmöglichkeiten umsetzen können. Zum Beispiel werden die von Kreß-Ludwig angeführten Möglichkeiten des energieeffizienten Bauens und Sanierens, trotz ihrer unbestrittenen Relevanz, nicht von allen Bürger:innen (z. B. Mietenden) gleichermaßen umzusetzen sein. Daher stellt sich im vorliegenden Beitrag die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten Bürger:innen haben und wie diese mit Handlungsmacht in Verbindung stehen.

Um die Forschungsfrage zu beantworten, orientieren wir uns im folgenden Abschnitt an Bruno Latours relationalem Ansatz mit besonderem Fokus auf sein Verständnis von Handlungsfähigkeit. Anschließend gehen wir darauf ein, wie es mittels der Situationsanalyse nach Adele Clarke et al. (2018) möglich wird, Handlungsmöglichkeiten und Handlungsmacht in einer ländlichen und einer städtischen Situation entlang der Gesetzeslage zu identifizieren. Letztendlich gehen wir auf die Ambivalenzen der Handlungsmöglichkeiten und Handlungsmacht unterschiedlich situierter Bürger:innen entlang der Gesetzeslage ein.

Handeln und Handlungsmacht bei Latour

Bruno Latours Verständnis von Handlungsfähigkeit prägt die Überlegungen zu Handlungsmöglichkeiten und Handlungsmacht in diesem Beitrag. Es ermöglicht letztere über menschliche Akteure hinaus zu betrachten. Dabei geht es Latour nicht darum auszudrücken, dass alle Elemente eine eigene Wirkmächtigkeit haben. Vielmehr geht es darum, dass eine Soziologie, welche die Realität alleinig als sozial versteht, die Bedeutung von nicht-menschlichen Entitäten übersieht und damit einen unterkomplexen Beitrag zum Verständnis von Gesellschaft hervorbringe (Ruffing 2009, S. 30):

„Das Ziel des Spiels besteht nicht darin, Subjektivität auf Dinge zu übertragen oder Menschen als Objekte zu behandeln oder Maschinen als soziale Akteure zu betrachten, sondern die Subjekt-Objekt-Dichotomie *ganz zu umgehen* und stattdessen von Verflechtungen von Menschen und nicht-menschlichen Wesen auszugehen (Latour 2002, S. 236 f., H.i.O.).“ (zitiert nach Gertenbach und Laux 2019, S. 125)

Handeln ist bei Latour folglich ein Akt, der sich nicht nur durch menschliche Intentionalität verstehen lässt (Latour 2014, S. 420), sondern erst die Verwobenheit aus menschlichen und nicht-menschlichen Akteuren ermöglicht Handlungen (z. B. Latour 2014, S. 349).¹ Die Zuschreibung von Handlungsfähigkeit erfolgt nach Latour durch Figurationen. Per wechselwirkender Figuration werden Identität, Gestalt, Wirkmächtigkeit, Kräfte und Autor:innenschaften auf Aktanten übertragen, wodurch sie zu Akteuren werden (Latour 2014, S. 93 f.). Der Begriff des (Akteur-)Netzwerks beschreibt als analytischer Ansatz die Relationen verschiedener Elemente und somit das Verhältnis, in dem sie zueinander stehen (Latour

¹ „Die Gärung von Milch durch die Umwandlung von Zucker (Aktant) vollzieht sich beispielsweise durch die Milchsäurehefe (Akteur)“ (Hinderlich 2023, S. 20).

2014, S. 230; Ruffing 2009, S. 32 f.). Netzwerke entstehen nicht nur durch das Zusammenkommen von unterschiedlichen Akteuren, Aktanten und Hybriden, sondern die Existenz in den Netzwerken verändert die Akteure selbst und stabilisiert die Relationen zwischen ihnen (Gertenbach und Laux 2019, S. 130). Latours Ansatz bietet eine interessante Perspektive, um die Relationen verschiedener Elemente und Akteure hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten in der häufig durch technische und natürliche Elemente vermittelten Energiewende nachzuvollziehen (z. B. PV-Anlagen, die zu bestimmten Nachtzeiten und Wetterlagen den Menschen keinen Strom liefern).

Da in diesem Beitrag zusätzlich die Frage nach Handlungsmacht im Raum steht, lässt sich auch die Verbindung von Handeln und Macht bei Latour als gewinnbringende Perspektive heranziehen (Latour 2006 [1986]; Buhr 2019). Auf der theoretischen Ebene, so wendet Latour kritisch ein, sei Macht häufig zu abstrakt konzipiert (Latour 2014, S. 143) und dürfe nicht ohne weiteres bestimmten Institutionen zugeschrieben werden (Buhr 2019, S. 128 f.):

„Wir wollen nicht Ursache und Wirkung, nicht *explanandum* und *explanans* verwechseln. Daher ist es so wichtig, dabei zu bleiben, daß Macht, ebenso wie Gesellschaft, das Endresultat eines Prozesses ist und nicht ein Reservoir, Kapital oder Vermögen, das automatisch eine Erklärung bereitstellt. Macht und Herrschaft müssen hervorgebracht, gebildet, zusammengesetzt werden.“ (Latour 2014, S. 110, H. i. O.)

Im Einklang mit seinem Netzwerkverständnis führt er ein prozessorientiertes und ko-konstitutives Verständnis von Macht als Machen (im Sinne von Tun) ein und fordert einen „Wechsel vom *Prinzip* zur *Praxis*“ (Latour 2006 [1986], S. 206, H. i.O.). Auch wenn diese Perspektive zunächst banal erscheinen mag, ergibt sie in der Logik von Latours Netzwerkverständnis Sinn. Es entscheiden nicht einzelne Personen und Subjekte, wie ein Prozess vollzogen wird, sondern Macht entsteht im Kontext des Netzwerks als Ergebnis aus vielfältigen, situativen Konstellationen. Innerhalb dieses Netzwerks wird Macht an bestimmten Knoten bzw. „obligatory points of passage“ erkennbar, weil alle anderen Handlungen mit ihnen verbunden sind (Latour 1988, S. 43–49).² Wenn ein prozessuales und ko-konstitutives Verständnis von Macht im Sinne von Machen angelegt wird und nicht-menschliche Elemente in die Analyse einbezogen werden, kann sich Handlungsmacht entlang der „obligatory points of passage“ zeigen, welche die Situation z. B. in der Energiewende entscheidend prägen. Es gilt also nicht nach Aspekten von klassischen Machtverständnissen (Geld, Einfluss, Prestige) zu schauen, sondern nach den Relationen, in denen prozessual Veränderungen erkennbar sind. Mit der Situationsanalyse nach Adele Clarke et al. (2018) gehen wir diesem relationalen Machtverständnis nach.

Situationsanalyse

Im Rahmen des vom ehemaligen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz geförderten Projekts „Individualisierte Visualisierung von Energiewendemaßnahmen“ (EnerVi), in dem die hier ausgeführten Überlegungen entstanden, haben wir jeweils im Frühjahr 2024 drei transdisziplinäre Workshops in zwei verschiedenen Regionen durchgeführt: in Berlin und in zwei zusammengewachsenen Dörfern im Rhein-Hunsrück-Kreis in Rheinland-Pfalz. Zu den Workshopteilnehmenden zählten u. a. Bürger:innen, Gemeinderatsmitglieder, Energiewende-Initiativen, Energieberatungsstellen, Klimaschutzmanager:innen, Mitglieder der Verwaltung, Umweltverbände, öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und Energieversorger. Analytisch haben wir mit der Situationsanalyse nach Clarke et al. (2018) einen

² Es gibt zudem Aktanten, die als „Passagepunkte“ nicht als Mittler funktionieren und ihnen somit keine Handlungsfähigkeit zugesprochen wird (Gertenbach und Laux 2019, S. 127).

Ansatz gewählt, der, an Latour anknüpfend, nicht-menschliche Elemente und ihre Relevanz hinsichtlich Handlungsfähigkeit integriert. Dies ist ein Bestandteil Clarkes Weiterentwicklung der Grounded Theory (2018, S. 88). Dabei verstehen sie und ihre Kolleg:innen die Situation als andauerndes relationales Beziehungsgeflecht – „a somewhat enduring arrangement of relations“, das eine Anzahl von Ereignissen zwischen mehreren Arten und Kategorien von Elementen bzw. Aktanten und Akteuren umfasst und sich mindestens über einen kurzen Zeitraum erstreckt (Clarke et al. 2018, S. 117). Damit grenzen sich die Autor:innen von einem Verständnis der Situation ab, das ausschließlich ein einziges Ereignis, eine kurze Begegnung von Angesicht zu Angesicht, meint (Clarke et al. 2018). Dieses relationale Verständnis bildet die Grundlage für die von Clarke et al. entwickelten Mappingverfahren. Dabei gilt es auch die nicht-menschlichen Elemente und ihre Relationen zu anderen Elementen (wie z. B. menschlichen Elementen oder Diskursen) zu erfassen (Clarke et al. 2018, S. 127ff.).

Um die Handlungsmöglichkeiten und die Handlungsmacht von Bürger:innen in der Energiewende nachzuvollziehen, haben wir relationale Mappings durchgeführt. Dafür wurden in einem ersten Schritt alle (menschliche, nicht-menschliche und diskursive) Elemente in der Situation auf Grundlage der Transkripte zu den Workshops erfasst. Alle Elemente wurden ungeordnet zusammengetragen bzw. gemappt, z. B. in einem digitalen Dokument. Im zweiten Schritt haben wir die Relationen zwischen den Elementen anhand von Verbindungslinien zwischen den Elementen untersucht und die folgenden Memo-Fragen beantwortet: „How and why do they [the elements] matter to one another, if at all? Does a change in one element provoke change in the other? One pursues these relationships systematically, one at a time“ (Clarke et al. 2018, S. 138; vgl. Abbildung 1). In diesem Prozess entstehen Erkenntnisse darüber, ob ein Element einen Unterschied in der Situation macht und somit relevant ist; oder im Latour'schen Sinne von einem Aktanten zu einem wirkmächtigen Akteur wird. Die Autor:innen heben hervor: „Your focus should not be on the elements per se, but rather on the nature of the relations between them“ (Clarke et al. 2018, S. 138). Damit bietet die Situationsanalyse das Potential, verschiedene Handlungsmöglichkeiten – auch hinsichtlich Handlungsmacht – auszudifferenzieren. So kann zum Beispiel das energieeffiziente Bauen und Sanieren für Mietende zwar einen Unterschied machen, wenn Vermietende diese Handlungsmöglichkeit nutzen. Die Mietenden selbst haben jedoch in der Regel nicht die Möglichkeit bzw. die Handlungsmacht, über eine solche Maßnahme zu entscheiden. Entlang solcher Relationen lässt sich nun herausarbeiten, wie die Handlungsfähigkeiten menschlicher und nicht-menschlicher Entitäten die Handlungsmöglichkeiten und -macht, auch der Bürger:innen, in den städtischen und ländlichen Regionen prägen. In diesem Kontext manifestieren sich divergierende Interessenlagen und Durchsetzungsmöglichkeiten, was wiederum die Handlungsmacht der Bürger:innen prägt.

Handlungs(un)möglichkeiten von Bürger:innen in Stadt und Land

In Deutschland leben durchschnittlich 58 % der Haushalte zur Miete (Herwegen et al. 2024). In Berlin ist der Anteil an Mietenden mit über 80 % besonders hoch (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2024). Vor diesem Hintergrund nehmen wir die Situation der Mietenden als Ausgangspunkt der relationalen Analyse. Sollen also die Bürger:innen die Energiewende mitgestalten, so ist es von zentraler Bedeutung, ihre Handlungsmöglichkeiten entlang der handlungsbeeinflussenden ko-konstitutiven Elemente zu erörtern. Die empirischen Befunde unserer Arbeit legen nahe, dass verschiedene Akteure die Handlungsmöglichkeiten der Mietenden und Bürger:innen ko-konstituieren. Hierzu zählen u. a. das Miet- und Eigentumsrecht, die Rolle der Vermietenden sowie die Höhe des Einkommens und sonstiges verfügbares Vermögen, etc. (vgl. Abbildung 1). Wohn- und Eigentumsformen und die verfügbaren finanziellen

Mittel ko-konstituieren Handlungsmöglichkeiten und ermöglichen zugleich eine differenzierte Beschreibung der Handlungsmöglichkeiten unterschiedlich situierter Bürger:innen. So macht das Vermögen einen Unterschied in der Situation, denn etwaige Kostensteigerungen im Zuge der Energiewende, wie sie Mietende häufig nach energetischen Sanierungen treffen, sind entlang des (nicht-)vorhandenen Vermögens unterschiedlich belastend (vgl. Ohde und Schmitz 2026).

Entlang der relationalen Analyse lässt sich zeigen, dass Mietende dennoch eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten haben. Dazu zählen der Austausch von Elektrogeräten, der Erwerb von Balkon- und Fensterkraftwerken sowie die Organisation in Hausgemeinschaften zur Installation von Dach-PV-Anlagen zur Erzeugung von „Mietstrom“. Unterstützend und Handlungsmöglichkeiten eröffnend sind dabei Organisationen, die wir als Multiplikator:innen zusammenfassen. Dazu gehören z. B. die Vertreter:innen der Verbraucherzentralen, die Wissen durch Informationsveranstaltungen weitergeben oder die Akteur:innen, die sich in armutsbetroffenen Vierteln vor Supermärkten positionieren und beim Ausfüllen von Förderanträgen für den Elektrogerätetausch helfen.

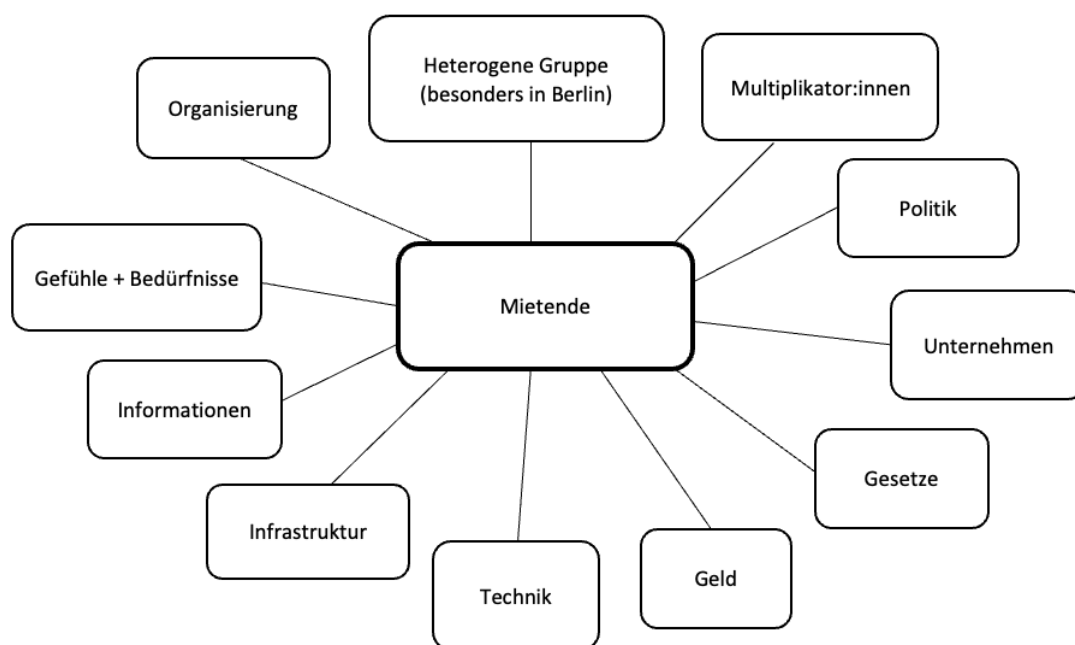


Abbildung 1: Relationale Map: Mietende in Berlin³

Viele dieser Handlungsmöglichkeiten setzen allerdings auf einer individualisierten Ebene an. Wenn Mieter:innen darüber hinaus die Energiewende voranbringen wollen, bleibt ihnen nur die Möglichkeit, sich kollektiv zu organisieren und andere Akteur:innen, insbesondere in der Politik oder die Vermietenden, zu adressieren. Entsprechende Adressierungen erfolgen u. a. über Volksentscheide, mit denen sich der Berliner Senat beschäftigen muss.

Parallel zur Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten der Mietenden finden sich Momente der Hilflosigkeit. Im folgenden Beispiel hat sich ein Mieter für die Installation einer geplanten Dach-PV-Anlage eingesetzt, nachdem sich dieser Prozess über einen unerwartet langen Zeitraum erstreckte:

³ Die Elemente sind an dieser Stelle der Übersicht halber auf einem hohen Abstraktionsniveau dargestellt und bestehen letztendlich aus weiteren Elementen, z. B. Kabel, Fachkräfte, Erdarbeiten, usw.; Unternehmen umfassen z. B. private oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften, verschiedene Energieunternehmen. Infrastrukturen beinhalten z. B. das Energienetz, aber auch die Gebäudestrukturen usw.

„Wir haben keine Chance. Wir reden nicht, man kann anrufen, wie man will, bei der Wohnungsbaugesellschaft, es wird nichts gehört/ Und ganz generell, selbst bei einem Mieterstand, ich muss meinen Vermieter eigentlich fragen, selbst wenn ich mir eine PV-Balkonanlage hinhängen will, die können mir Stress machen [...] es werden so viele Steine in den Weg gelegt, dass es hier in Berlin sehr schwierig ist, finde ich.“ (Berlin W1 gesamt, Z. 30–36)

Seine Handlungsmöglichkeit, die Wohnungsbaugesellschaft zu adressieren, bleibt erfolglos. Des Weiteren veranschaulicht das Zitat die dynamische Entwicklung im Kontext der Energiewende. Neuere gesetzliche Regelungen ermöglichen es mittlerweile, dass Mietende Balkonkraftwerke ohne die Erlaubnis der Vermietenden installieren dürfen.⁴

Durch die Gesetzesänderung zu den Balkonkraftwerken gelangen Gesetze als nicht-menschliche und handlungsvermittelnde Entitäten in den Blick, welche in diesem Fall die Möglichkeiten des Mieters generell erweitern, aber das ursprüngliche Problem der Unerreichbarkeit von Ansprechpartner:innen nicht lösen. Zudem verbleibt die Handlungsmöglichkeit, eine Balkon-PV-Anlage anzubringen, auf der individualisierten Ebene verankert. Gesetze mit dem Potential, kollektive Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, werden mitunter eher entlang der Interessen anderer Akteur:innen ausgerichtet. Das zeigt das folgende Beispiel:

Günther: „Die Vonovia zum Beispiel betreibt in Berlin weit mehr als 100, inzwischen wohl schon mehrere 100, Dachsolaranlagen auf den Flachdächern auf ihren Wohnblöcken. Und die machen pro Anlage, pro einer Anlage 60.000 Euro Profit im Jahr.“

Victoria: „Genau, da haben die Mieter gar nichts von, weil der Strom für den Börsenpreis teuer verkauft wird, ins Netz eingespeist wird. [...] Ja, denn die Dächer gehören den Wohnungsunternehmen. Und die haben da den Eigentümerzugriff. Die können sagen, nee, wir wollen daran Geld verdienen. Wir wollen nicht, dass die Mieter Geld einsparen. [...] Und das machen die auch. Das ist eine politische Entscheidung. Punkt.“ (B W3, Slot 1 Z. 611–633)

Es besteht ein Interessen- oder Zielkonflikt zwischen dem Wunsch der Mietenden nach einem günstigen Strompreis und dem (zugeschriebenen) Interesse von großen Wohnungsunternehmen an der Erwirtschaftung finanzieller Erträge. Die Relevanz der Gesetzeslage zeigt sich eher implizit; entlang der analytischen Frage aus der Situationsanalyse, was einen Unterschied in der Situation macht, aber nicht gesagt wird. Das handlungsvermittelnde Gesetz zum Mietstrom räumt dabei Vermietenden mehr Handlungsmöglichkeiten ein als den Mietenden. Wenn ausschließlich individualisierte Handlungsmöglichkeiten von Mietenden gesetzlich abgesichert und politisch gefördert werden, verweist dies auf ihre geringere Handlungsmacht, insbesondere wenn zugleich kollektive Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt bleiben. Diese Problematik manifestiert sich auch anhand der Hilflosigkeit der Mietenden gegenüber Wohnungsgesellschaften in Bezug auf Dach-PV-Anlagen. Die Untersuchung der Situation in der ländlich gelegenen Modellregion zeigt teilweise eine andere Situation.

Unter den ca. 700 Einwohner:innen in den untersuchten Dörfern gibt es prozentual weniger Mietverhältnisse und sie sind weniger vielfältig als in Berlin. Meistens wohnen die Mietenden bei Privatvermietenden, die ungenutzte Gebäude auf alten Höfen umgebaut haben. Zwischen Vermietenden und Mieter:innen wie auch zwischen den lokalpolitischen Gremien und den Bürger:innen besteht die Möglichkeit eines direkten Kontakts. In den Dörfern wurden Mietende in den Workshops weniger als beson-

⁴ Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 23 des Gesetzes vom 18. Dezember 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 347) geändert worden ist https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/

dere Gruppe diskursiv konstruiert; sie organisieren sich gemeinsam mit Eigentümer:innen in den lokalen Arbeitsgruppen. Zudem setzen Energiewendemaßnahmen vor Ort zumeist auf struktureller Ebene an: Es werden Flächen für 18 Windräder verpachtet. Mit den Pachteinnahmen und durch die Unterstützung der Verbandsgemeinschaftswerke wurde eine lokale Wärmeversorgung aufgebaut, die den kompletten Wärmebedarf der Gemeinden deckt. Der Umbau von Einfamilienhäusern, damit mehrere Parteien darin wohnen können, gilt als weitere wichtige Handlungsmöglichkeit, Abwärme zu nutzen und den Energieverbrauch generell zu senken. Durch die Verfügbarkeit von Flächen zur Verpachtung sowie durch die deutlich kürzeren Kommunikationswege als in Berlin liegt eine andere Qualität in den Handlungsmöglichkeiten vor, wodurch letztendlich die (Um-)Gestaltung zu unabhängigeren Infrastrukturen in der Wärmeversorgung gelingt (Schmitz und Ohde 2026). Ähnlich wie in Berlin vermitteln Gesetze auch hier die bestehenden Handlungsmöglichkeiten.

„Die EU hat schon zum 1. Juli 2022, glaube ich, gesagt, bis dahin ist Energy Sharing, also, dass ich meine Überschüsse [aus der PV-Anlage] auch mit meinen Nachbarn teilen kann, niederschwellig, müsste schon seit 1,5 Jahren in deutsches Recht umgesetzt sein, ist nicht. [...] wir brauchen Spielraum, für gemeinschaftliche Energieversorgung, das Energy Sharing, dass das möglichst schnell umgesetzt werden kann.“ (NK W2, Slot 1, Tisch 1, Z. 841–851)

Der gesetzliche Rahmen schränkt die Handlungsmöglichkeiten und -planungen vor Ort ein, indem die EU-Richtlinie zum Energy Sharing zeitverzögert umgesetzt wird.⁵ Im Zuge unserer Datenerhebung konnte allerdings festgestellt werden, dass die Bürger:innen vor Ort im Rahmen einer Experimentierklausel ein Gelegenheitsfenster genutzt haben, das bestehende Regularien begrenzt ausgesetzt hat. Als Resultat können sich vier Haushalte die Energie aus einer PV-Anlage teilen.

Vergleichen wir beide Regionen hinsichtlich der Handlungsmöglichkeiten und Handlungsmacht, wird deutlich, dass die Bürger:innen und Mietenden in beiden Regionen auf individualisierte Handlungsmöglichkeiten wie den Gerätetausch oder die Installation von Balkon- bzw. Fenster-PV-Anlagen zurückgreifen. Die Regionen unterscheiden sich dahingehend, dass in den Dörfern die Verfügbarkeit von Flächen weitere Handlungsmöglichkeiten eröffnet. Durch die kürzeren Wege der Zusammenarbeit der verschiedenen Gremien sind zudem Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die (infra-)strukturelle Veränderungen in der lokalen Energie- und Wärmeversorgung erlauben. Diese wirken sich auch auf die Preisgestaltung aus. Im Gegensatz dazu thematisieren die Workshopteilnehmenden in Berlin primär Preissteigerungen. Eine wichtige Gemeinsamkeit besteht darin, dass die Handlungsmöglichkeiten durch Gesetze vermittelt sind. Sie ko-konstituieren zudem Handlungsmacht entlang der unterschiedlichen Situationen der Bürger:innen (z. B. Nutzungsmöglichkeiten von Eigentum).

Ambivalenzen der Handlungsmöglichkeiten

Die Forschungsfrage, welche Handlungsmöglichkeiten Bürger:innen im Rahmen der Energiewende haben und wie diese mit Handlungsmacht verbunden sind, lässt sich mittels Latours Verständnis von Handlungsfähigkeit (2014) und einem davon abgeleiteten Verständnis von Handlungsmacht vertiefen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass Bürger:innen in unterschiedlichen Lebensumständen unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten und -macht haben. Ihre Handlungsmöglichkeiten setzen zum Großteil auf individueller Ebene an (Gerätetausch, Energiesparen, etc.) und stehen oft im Zusammenhang mit

⁵ Zum relativ aktuellen Stand s. z. B. Shehada, Strom mit Nachbarn teilen?, 30.10.2025, <https://www.tagesschau.de/wissen/technologie/energie-strom-energy-sharing-100.html>

Eigentumsverhältnissen (Miete, Eigentum, Land)⁶: Wer z. B. ein Haus besitzt, kann (bei entsprechenden finanziellen Möglichkeiten) dieses energetisch sanieren, eine Dach-PV-Anlage und/oder eine Wärmepumpe anschaffen. Wer Wohnraum vermietet, kann den Mietenden durch eine Dach-PV-Anlage günstig(ere) Energie zur Verfügung stellen; wobei letzteres eine Ausnahme zu sein scheint. Wer darüber hinaus Flächen an Stromanbietende, die Wind- oder PV-Anlagen installieren, verpachten kann, generiert Einkommen, das (in bestimmten Bundesländern) weiter in die Energiewende investiert werden kann.

Entlang Bruno Latours Verständnis von Handlungsfähigkeit und mittels des relationalen Mappingverfahrens nach Clarke et al. (2018) ist deutlich geworden, dass Gesetze als Elemente und Akteure verstanden werden können, die Handlungsmöglichkeiten vermitteln bzw. ko-konstituieren. Wie entlang der Beispiele der Balkon-PVs, des Mietstroms und des Energy Sharings gezeigt, sind Gesetze förderlich oder hemmend für die Handlungsmöglichkeiten und -macht der Bürger:innen sowie weiterer Akteursgruppen. Die Ergebnisse verweisen zudem auf die Diskrepanz zwischen der aktivierenden Ansprache der Bundesregierung und der per Gesetz vermittelten Handlungsmöglichkeiten und -macht. Bürger:innen sollen sich (meist unentgeltlich) engagieren, während ihre Möglichkeiten entlang der Gesetzeslage auf individuelle Handlungen beschränkt bleiben. Zwar ist es wichtig, dass ineffiziente Elektrogeräte ausgetauscht werden und dass durch eine Balkon- oder Fensterkraftanlage Strom (wenn auch nur in geringen Mengen) selbst erzeugt wird. Umfassende Entscheidungen – insbesondere bezüglich der Mieter:innen – treffen in der Regel machtvollere Akteur:innen, wie Wohnungsunternehmen. Hierauf haben die Mietenden nur einen geringen bis keinen Einfluss. So wird die unterschiedlich große Handlungsmacht der menschlichen Akteur:innen (Mietende, Vermietende, Politik, Personen in Unternehmen) deutlich. Auf eine geringe Handlungsmacht verweisen auch die benannten Gefühle von Hilfslosigkeit.

Wenngleich die Erkenntnis, dass sich Gesetze auf die Handlungsmöglichkeiten auswirken und Handlungsmacht ko-konstituieren, keine gänzlich neue ist, so trägt unsere Forschung dennoch dazu bei, die Ambivalenzen zwischen Ansprache seitens des Koalitionsvertrags und den mitunter eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Bürger:innen vertiefend darzulegen. Im Falle des Mietstroms und des Energy Sharings priorisieren die bestehenden Gesetze die finanziellen Erträge der Vermietenden vor der Produktion kostengünstigen Stroms für die Bürger:innen. Es wird deutlich, dass das Ziel des Koalitionsvertrags, auch Bürger:innen zu Mitgestaltenden beim Mietstrom und Energy Sharing zu machen, mitunter im Konflikt mit der (sich zugleich auch dynamisch verändernden) Gesetzeslage steht. Daraus ist abzuleiten, dass die entsprechenden Gesetze entweder angepasst werden müssen oder das Ziel des Koalitionsvertrags, Bürger:innen zu Mitwirkenden zu machen, an Glaubwürdigkeit verliert.

In Relation zu weiteren Studien lässt sich entlang unseres Materials die Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten und -feldern bestätigen, die Kreß-Ludwig (2019) und andere (s. o.) identifizieren. Zudem ist unsere Arbeit anschlussfähig an die vereinzelt Beiträge, die Latours Ansatz im Rahmen der Forschung zur Energiewende nutzen; zum Beispiel hinsichtlich des Zusammenspiels von Raum und Technik (Radtke 2015), hinsichtlich des Strukturwandels unter Berücksichtigung lokaler und globaler Entwicklungsprozesse in der Klimakrise generell (Herberg 2021) oder spezieller mit Bezug auf Verflechtungen von Wissenschaft und Strukturwandel in der Energiewende (Blümel 2021). Handlungsmöglichkeiten und -macht im Rahmen der Energiewende mit Latour zu betrachten, scheint dabei bisher eine eher marginale Perspektivierung zu sein. Sie hat sich allerdings als vielversprechend herausgestellt, um handlungsfördernde und -hemmende Elemente zu identifizieren und zwar auch über die Intentionalität der Handlungen von Bürger:innen hinaus. Hinsichtlich der Handlungsmacht lassen sich Gesetze nach Latour zudem als „obligatory points of passage“ (Latour 1988) verstehen, denn Handlungen und Handlungsmöglichkeit in der Energiewende stehen in Relation zu den entsprechenden Gesetzen. Die Erkenntnis, dass viele der (zur Miete wohnenden) Bürger:innen eine eher geringe Handlungsmacht haben, die auf indi-

⁶ Diese Eigentumsverhältnisse sind ebenfalls per Gesetz abgesichert.

vidualisierte Maßnahmen beschränkt bleibt, macht unsere Arbeit zudem anschlussfähig an bestehende Studien zur „energy democracy“.

Abschließend ist festzuhalten, dass Bürger:innen durch die Nutzung unterschiedlicher Handlungsmöglichkeiten auf individuellerer (Geräteaustausch, Energiesparen, etc.) wie strukturellerer Ebene (Aufbau unabhängigerer Wärmeversorgung, Engagement in Energiegemeinschaften, Genossenschaften und gemeinschaftliche Adressierung der Politik) bereits beachtliche Erfolge erzielen. Diese lassen sich u. a. entlang entsprechender Gesetzesänderungen ausbauen. Weitere Forschung sollte (auch im Sinne Latours) vertiefend in den Blick nehmen, wie nicht-menschliche Akteur:innen die Gesetzeslage ko-konstituieren und somit Handlungsmöglichkeiten und -macht prägen. Denn es ist davon auszugehen, dass weitere technische und natürliche Elemente und Akteur:innen machtvoll auf die durch Gesetze ko-konstituierten Handlungsmöglichkeiten einwirken. Dies nachzuvollziehen ist notwendig, um die Energiewende voranzubringen und der Klimakrise weiter entgegenzuwirken.

Literatur

- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg. 2024. Ergebnisse des Mikrozensus im Land Berlin 2022 (Endergebnisse). Wohnsituation. <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/f-i-2-4j> (Zugegriffen: 20. Jan. 2026)
- Blümel, Clemens. 2021. Strukturwandel durch Innovation: Über die performative Verschränkung und Aneignung zweier Streitbegriffe in der Lausitz. In *Wissenschaft im Strukturwandel. Die paradoxe Praxis engagierter Transformationsforschung*, Hrsg. Jeremias Herberg, Johannes Staemmler und Patrizia Nanz, 163–189. München: Oekom.
- Buhr, Lorina. 2019. Latours politische (Meta-)Philosophie und der Machtbegriff. In *Der große Leviathan und die Akteur-Netzwerk-Welten. Staatlichkeit und politische Kollektivität im Denken Bruno Latours*, Hrsg. Hagen Schölzel, 115–140. Baden-Baden: Nomos.
- Bundeswirtschaftsministerium. 2017. Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und zur Änderung weiterer Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/mieterstrom-gesetz-bgbl.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (Zugegriffen: 25. Jan. 2026), Bonn: Bundesanzeiger Verlag
- Cannon, Claire E.B., und Eric K. Chu. 2021. Gender, sexuality and feminist critiques in energy research: A review and call for transversal thinking. *Energy Research & Social Science* 75:1–11.
- CDU, CSU und SPD (ohne Datum): Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag, 21. Legislaturperiode. https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf (Zugegriffen: 20. Jan. 2026).
- Clarke, Adele, Carrie Friese und Rachel S. Washburn. 2018. *Situational Analysis. Pushing Grounded Theory Around the Postmodern Turn*. Los Angeles: Sage.
- Eversberg, Dennis, und Matthias Schmelzer. 2025. Von der Verteidigung zur Transformation der Lebensweise. Warum es mit der Klimapolitik hakt, und wie sich die Blockade überwinden ließe. *Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift* 40(2):19–21.
- Gertenbach, Lars, und Henning Laux. 2019. *Zur Aktualität von Bruno Latour: Einführung in sein Werk*. Wiesbaden: Springer.
- Herberg, Jeremias. 2021. Landung oder Landnahme? Regionale Forschung und Innovation am Scheideweg. In *Wissenschaft im Strukturwandel. Die paradoxe Praxis engagierter Transformationsforschung*, Hrsg. Jeremias Herberg, Johannes Staemmler und Patrizia Nanz, 83–115. München: Oekom.
- Herwegen, Sofia, Gabriele Flesch und Ruth Stelten. 2024. Wohnen. In *Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland*, Hrsg. Statistisches Bundesamt (Destatis), <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/> (Zugegriffen: 25. Jan. 2026). Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- Hinderlich, André. 2023. *Natur-Kultur-Verhältnisse bei Bruno Latour*. Wiesbaden: Springer VS.

- Jenkins, Kristin, Darren McCauley, Raphael Heffron, Hannes Stephan und Robert Rehner. 2016. Energy justice: A conceptual review. *Energy Research & Social Science* 11:174–182.
- Kreß-Ludwig, Michael. 2019. *Über bürgerschaftliches Engagement in der Energiewende. Rollen, Handlungsmöglichkeiten, Einstellungen und Motive von Bürger*innen im regionalen Ausbau erneuerbarer Energien*. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde der Fakultät für Umwelt und Natürliche Ressourcen der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau.
<https://freidok.uni-freiburg.de/data/151774> (Zugegriffen 20. Jan. 2026).
- Latour, Bruno. 1988. *The Pasteurization of France*. Cambridge, London: Harvard University Press.
- Latour, Bruno. 2002. *Die Hoffnung der Pandora. Untersuchung zur Wirklichkeit der Wissenschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Latour, Bruno. 2006 [1986]. Die Macht der Assoziation. In *ANThology: ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie*, Hrsg. Andreá Belliger und David Krieger, 195–212, Bielefeld: transcript.
- Latour, Bruno. 2014 [2007]. *Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur Netzwerk Theorie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mölders, Tanja, Janina Dannenberg, Theresa Herdlitschka, Martina Hülz und Katharina Kapitza. Hrsg. 2025. *Gender – Macht – Energiewende. Potentiale der Geschlechterforschung im Kontext raumbezogener Transformation*. Bielefeld: transcript.
- Ohde, Franziska, und Luki Schmitz. 2026. Good Practice, Herausforderungen und weitere Handlungspotentiale der Energiewende in Berlin (Arbeitspapier).
https://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/79472/file/Arbeitspapier_Berlin_FINAL.pdf Frankfurt am Main: Goethe Universität. (Zugegriffen: 4. Aug. 2026)
- Radtke, Jörg. 2015. Das Zusammenspiel von Raum und Technik bei der Etablierung Erneuerbarer Energien. Transformationen in der Energiewende. *Raumforschung Raumordnung* 73:389–405.
- Radtke, Jörg. 2025. Barriers and benefits of public participation in energy transitions: A meta-analysis of empirical evidence from Central Europe. *Renewable and Sustainable Energy Review* 221:1–27.
- Rockström, Johann, Peter Schlosser, Avit K. Bhowmik, Roger Cremades, Jonathan F. Donges, James Dyke, Kristie Ebi, Adrian Heilemann, Daniela Jacob, Paula Mirazo, Denise Moreno Ramírez, Nebojsa Nakicenovic, Ilona M. Otto, Franz Prettenhaler, Janet Ranganathan, Hans J. Schellnhuber, Rachel Warren and Henry C. Wu. 2025. Living beyond limits: Consequences of missing the decisive decade for preserving our planet's life-supporting systems. *One Earth* 2025:1–5.
- Ruffing, Reiner. 2009. *Bruno Latour*. Paderborn: UTB
- Schmitz, Luki, und Franziska Ohde. 2026. Good Practice, Herausforderungen und weitere Handlungspotentiale der Energiewende in ländlichen Gemeinden.
https://publikationen.ub.uni-frankfurt.de/opus4/frontdoor/deliver/index/docId/95893/file/Arbeitspapier_NK_Final_AF_FF_LS_CC_DOI.pdf Frankfurt am Main: Goethe Universität. (Zugegriffen: 4. Aug. 2026)
- Schürer, Daniel. 2025. Seven questions on agency in sustainability transformation research: Insights from a systematic-narrative review. *Sustainability Science*. 21:839–862.
- United Nations. 2015. Paris Agreement. https://treaties.un.org/doc/Treaties/2016/02/20160215%2006-03%20PM/Ch_XXVII-7-d.pdf (Zugegriffen: 20. Jan. 2026).
- Wahlund Madeleine, und John Palm. 2022. The role of energy democracy and energy citizenship for participatory energy transitions: A comprehensive review. *Energy Research & Social Science* 87:1–19.
- Wesslow, Maren, Torsten Grothmann und Bernd Siebenhüner. 2025. Opening up and closing down citizen participation in the development of a sustainable neighborhood energy system. *Energy, Sustainability and Society* 15:1–16.